Heimatecho vom 17.06.09

Anwohner sollen doppelt zur Kasse gebeten werden

Protest am Rügelsbarg in Bergstedt

(ms) Das Thema ist ein politischer Dauerbrenner. Seit Jahren beklagen die Anwohner der einstigen kleinen Nebenstraße Rügelsbarg an der Grenze von Bergstedt und Ammersbek das erheblich gestiegene Verkehrsaufkommen. Seit der Erweiterung des Gewerbegebietes an der angrenzenden Ferdinand-Harten-Straße wird der Rügelsbarg zunehmend von Schwerlastverkehr und zahlreichen Kunden der großen Geschäfte genutzt. Der Ortsausschuss Walddörfer hat sich schon vor langer Zeit mit der Thematik beschäftigt und Beschlussempfehlungen an die Bezirksversammlung Wandsbek weitergereicht.

*Stefan Fehlauer, Klaus Hirthe, Dr. Andreas Dressel und Werner Nitsche (von links) können nicht verstehen, dass die Anlieger des Rügelsbargs die **Erschließungskosten** auch für die freien Grünflächen auf der anderen Straßenseite (rechts im Bild) übernehmen sollen*

Vor einiger Zeit wurde beschlossen, den Rügelsbarg „endgültig herzustellen", wie es das Hamburgische Wegegesetz vorschreibt. Bei einer solchen Maßnahme übernimmt die Stadt 10 Prozent der Ausbaukosten, den „Löwenanteil" von 90 Prozent müssen die Anlieger tragen. Der Rügelsbarg ist nur an seiner nördlichen Seite bebaut, die südlichen Flächen dienen als Ausgleichsfläche für Baumaßnahmen und gehören zu zwei Dritteln der Hansestadt und zu einem Drittel der Nachbargemeinde Ammersbek. Die Anwohner sollen jetzt doppelt bezahlen. Sie sollen für ihre Grundstücksseite und für die gegenüberliegenden Grünflächen zur Kasse gebeten werden. Das empfinden sie als ungerecht.

Bei einer Grundstücksgröße von etwa 500 Quadratmetern bedeutet das, der Anwohner muss statt 6.000 Euro nach dieser Vorgabe 12.000 Euro zahlen. Schon vor Jahren drängte das Heimat-Echo anhand einiger konkreter Beispiele in den Walddörfern darauf, das Hamburgische Wegegesetz zu aktualisieren. Die schon vor Jahren gegründete Anwohner-Initiative Rügelsbarg versucht jetzt, den Senat zum zügigen Handeln zu veranlassen.

Die Anwohner sehen keine Notwendigkeit für eine Verbreiterung der Fahrbahn von derzeit etwas über vier Metern auf 5,50 Meter. Auch Bordsteine sind aus ihrer Sicht nicht erforderlich. Doch parallel wurde ihnen eine Tempo-30-Zone in Aussicht gestellt. Deshalb haben sie sich zunächst nicht gegen die Maßnahme gewehrt. Doch bei einer Kostenanfrage beim Landesabgabenamt platzte jetzt die Bombe.

Fortsetzung Seite auf Seite 2

Sie sollen für die gegenüberliegenden städtischen Flächen mit bezahlen und fühlen sich ungerecht behandelt. „Das bedeutet de facto eine Verdoppelung der Kosten für jeden von uns“, klagen Werner Nitsche, Stefan Fehlauer und Klaus Hirthe bei einem Ortstermin mit dem Volksdorfer SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Dr. Andreas Dressel. „Wir können die endgültige Herstellung der Straße nicht verhindern, obwohl wir verschiedene Teile dieser Maßnahme nicht verstehen können. Mit dem Bezirksamt stehen wir in engem Kontakt. Aber die Ungerechtigkeit der doppelten Bezahlung können wir nicht nachvollziehen und wehren uns vehement dagegen. Wir haben uns Anfang der Woche an den Petitionsausschuss der Bürgerschaft gewandt, um eine schnelle Änderung des Hamburgischen Wegegesetzes zu erreichen.“ Sie wollen mit ihrer Petition bewirken, dass bei einer endgültigen Herstellung einer Straße alle Anlieger zur Kasse gebeten werden, in diesem Falle also auch die Stadt Hamburg und die Gemeinde Ammersbek als Anlieger und Eigentümer der Grünflächen.

Der Rügelsbarg beschäftigt nun auch erneut den Senat. Dressel hat zum Planungsstand der Temporeduzierung eine Anfrage an den Senat gerichtet. „Das Wegegesetz muss dringend überarbeitet werden, um solche Ungerechtigkeiten, wie sie jetzt am Rügelsbarg drohen, abzustellen. Der Senat ist in der Pflicht, der Bürgerschaft einen Gesetzentwurf hierzu vorzulegen, der diesen Punkt und andere Kinken beseitigt. Bei der geplanten 30er-Zone am Rügelsbarg wird es langsam Zeit, den Ankündigungen nun auch Taten folgen zu lassen. Außerdem gehört das LKW-Verbot wieder auf die Tagesordnung. Dafür werden wir weiter streiten – an der Seite der gebeutelten Anwohner“, so Dressel.